

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP

„Kooperative Trennung zwischen Staat und Kirche“

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchem Ziel der Änderung des deutschen Staatskirchenrechts/Religionsverfassungsrechts beabsichtigt sie auf Bundes- oder Landesebene tätig zu werden?
2. Welche konkreten Änderungsvorschläge gibt es?
3. Mit welchem Verhandlungsziel plant sie Gespräche mit den christlichen Kirchen zur Änderung der Beziehungen des Landes zu den Kirchen zu führen?
4. Ist der Staat nach ihrer Ansicht auf die wertevermittelnde Kraft von Religionsgemeinschaften und das damit einhergehende Entstehen übereinstimmender Maßstäbe für Fragen z. B. nach Gerechtigkeit und Solidarität angewiesen?
5. Ist es nach ihrer Überzeugung nicht nur juristisch notwendig, sondern auch gesellschaftspolitisch richtig, Religionsgemeinschaften zu fördern?
6. Wenn ja, wie wirkt sich diese Überzeugung in ihrem exekutiven Handeln aus?
7. Ist die Präsenz organisierter Religionen in der Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Politik beispielsweise im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren aus ihrer Sicht auszubauen, im Umfang beizubehalten oder einzuschränken?
8. Mit welchen Erwägungen bezog sie welche Position in der Diskussion um den Charakter und die Bedeutung der religiös motivierten Beschneidung von Jungen in Folge des allgemein bekannten Urteils des Landgerichts Köln vom Mai 2012?
9. Welchen Änderungsbedarf sieht sie hinsichtlich des konfessionellen Religionsunterrichts für die christlichen und nichtchristlichen Religionen?
10. Welche Pläne, einem Zeithorizont zugeordnet, verfolgt sie zum Ausbau des nichtchristlichen Religionsunterrichts (Islamunterricht, jüdischer Religionsunterricht, Unterricht für Buddhisten etc.)?

04.07.2014

Dr. Kern FDP/DVP

B e g r ü n d u n g

Anlässlich der Amtseinführung des neuen Freiburger Erzbischofs Stephan Burger hat sich der Ministerpräsident laut Medienberichterstattung vom 25. Juni 2014 für eine „kooperative Trennung zwischen Staat und Kirche“ ausgesprochen. Das Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften spielt in vielen Bereichen staatlichen Handelns eine Rolle. Die diesbezüglichen Überzeugungen und Handlungsmaximen der Landesregierung sollen daher thematisiert werden.